

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 138. Ratssitzung vom 12. September 2012

### 3070. 2007/138

**Weisung vom 29.02.2012:**

**Motion der SP-Fraktion, der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion betreffend Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Wohnbevölkerung, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Von der vom Stadtrat vorgesehenen Informationsarbeit zugunsten der ausländischen Bevölkerung sowie dem beabsichtigten Pilotprojekt «Ergänzende Informationsprodukte» wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Budgetkredit von Stadtentwicklung Zürich wird für das Jahr 2012 auf folgenden Konten erhöht:

Konto/Bezeichnung	Budget 2012 (bisher) Fr.	Erhöhung Fr.	Budget 2012 (neu) Fr.
(1505) 3010 0000 Löhne Personal	3 156 100	58 000	3 214 100
(1505) 3030 0000 Sozialversicherungsbeiträge	241 600	5 000	246 600
(1505) 3040 0000 Personalversicherungsbeiträge	360 900	7 000	367 900
(1505) 3101 0000 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten	93 800	10 000	103 800
(1505) 3160 0000 Miete und Pacht von Liegenschaften	25 000	7 000	32 000
(1505) 3161 0000 Mieten und Benutzungskosten	21 400	3 000	24 400
(1505) 3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter	1 490 000	10 000	1 500 000
Total Budgeterhöhung		100 000	

3. Die Motion, GR Nr. 2007/138, von der SP-Fraktion, der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion vom 21. März 2007 betreffend «Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Bevölkerung» wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 1 und 2:

**Marianne Dubs Früh (SP):** Mit der vorliegenden Weisung informiert der Stadtrat über die heutigen und über zukünftige Integrationsprojekte. Die ausländische Bevölkerung ist sehr heterogen. Somit bestehen unterschiedliche Informationsbedürfnisse, die es mit verschiedenen Angeboten zu berücksichtigen gilt. Neben einem Basisangebot werden für die fünfzehn Sprachgruppen in der Stadt ergänzende Informationsprodukte angeboten. Die Kurse sind billig, und manchen wird das Geld nach Besuch aller Kurstage sogar zurückerstattet. Von den Kursen machen rund 1500 Personen Gebrauch, was eine relativ hohe Zahl ist und einen Erfolg bedeutet. Die Integrationsangebote braucht es, weil die Stadt Zürich ihre neuen Leute freundlich empfangen will. Die Leute sollen zum Deutschlernen motiviert werden und sich im Alltag zurechtfinden können. Davon profitiert nämlich auch die einheimische Bevölkerung, indem sie weniger Umstände hat und selber auch freundlich behandelt wird. Dies trägt zur Lebensqualität in unserer Stadt bei.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 1:

**Ruth Anhorn (SVP):** Wir sind uns einig, dass fremdsprachige Ausländerinnen und Ausländer, die hier wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen, unbedingt Deutsch lernen müssten. Es darf aber verlangt werden, dass sie sich selber anstrengen und auch die Kurskosten selber tragen. Das Informationsangebot über alle Integrationsfragen und Deutschkurse ist sehr umfassend, und die Kurse selber sind gut auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten, z. B. auf Eltern. Was in der Begründung im Zusammenhang mit der Volksabstimmung zum neuen Ausländergesetz (AuG) steht, erfüllt die Stadt Zürich bereits sehr grosszügig.

Weitere Wortmeldungen:

**Marc Hohl (FDP):** Weltweit gibt es wohl kaum eine zweite Stadt, die so viel für die Integration tut. Die Anstrengungen der Stadt sind wichtig, denn nur eine erfolgreiche Integration bringt wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität. Das Basisangebot deckt bei weitem alles Notwendige ab. Eine Erweiterung des Angebots ist aus Sicht der FDP übertrieben. Meldet sich ein Ausländer bei der Einwohnerkontrolle an, erhält er sämtliche Informationen, die er braucht, um hier leben zu können. Die Herausforderung besteht darin, die betroffenen Ausländerinnen und Ausländer in die bestehenden Angebote zu locken. Statt den ganzen Apparat weiter auszubauen, sollte in erster Linie das Basisangebot gut ausgelastet werden. Wir setzen auch auf die Eigenverantwortung der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, denn Integration funktioniert nur, wenn beide Seiten aktiv mitmachen.

**Isabel Garcia (GLP):** Die Grünliberalen halten es für wichtig und richtig, dass sich die öffentliche Hand im Bereich Integration der ausländischen Bevölkerung engagiert. Selbstverständlich sehen auch wir die Migrantinnen und Migranten sehr stark in der Pflicht, sich von Anfang an um Integration in die neue Gesellschaft zu bemühen. Unsere

zentrale Überlegung hierzu lautet: Die Schweiz – und Zürich insbesondere – ist hoch entwickelt, hoch kompetitiv, global vernetzt und hat eine sehr arbeitsteilige und vom Dienstleistungssektor dominierte Wirtschaft. Möglichst gute Kenntnisse über die Rahmenbedingungen, Gepflogenheiten und Lebensgewohnheiten in unserem Land sind unerlässlich, wenn man hier eigenverantwortlich und eigenständig leben will. Ohne ausreichende Integration läuft vieles schief und kostet viel Geld – dies gilt es im Interesse der Gesellschaft zu verhindern. Für die Unterstützung der Weisung spricht weiter auch, dass das neue Informationsangebot eine sinnvolle und massvolle Ergänzung des bestehenden Portfolios darstellt. Das Angebot geht vernünftigerweise auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der ausländischen Anwohnerinnen und Anwohner ein. Insofern unterstützen wir die Weisung. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass zu viele Einwanderer überhaupt nicht mit unseren Rahmenbedingungen vertraut sind, obwohl sie in vielen Fällen schon recht lange hier leben. Die Verwaltung schätzt, dass rund 10 000 schlecht integrierte Migrantinnen und Migranten hier leben, dies entspricht 8 % der ausländischen Bevölkerung und ist in unseren Augen zu viel. Es gilt vor allem, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sowie die Kinder und Jugendlichen zu bedenken, die in einem abgeschotteten Umfeld aufwachsen und kaum eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Uns fehlt in Integrationsfragen oft die Verbindlichkeit von beiden Seiten.

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Integration ist wichtig für das Funktionieren einer Gesellschaft. Die Vermittlung von Kulturgut und Werten ist nötig für das Zusammenleben. Sprachkenntnisse sind entscheidend. Oft verstreichen aber Jahre oder sogar Jahrzehnte, bis z. B. ausländische Eltern einen Deutschkurs besuchen oder mehr über unsere Kultur erfahren. Darunter leiden vor allem die Kinder, die oft besser Deutsch sprechen und besser integriert sind als ihre Eltern. Stetige Bemühungen sind nötig, um die Chancengleichheit zu verbessern. Die Eltern müssen erreicht und ihren Bedürfnissen entsprechend begleitet werden. Deshalb ist es richtig, dass die Angebote bedarfsgerecht und differenziert sind. Mit den Kosten der Angebote auf beiden Seiten können wir leben. Um mehr Leute zu erreichen, sollte vermehrt departementsübergreifend gearbeitet und gedacht werden. Integration ist eine permanente Aufgabe und kommt, falls sie gelingt, allen zugute. Daher ist es wichtig, auch gut qualifizierte deutschsprechende ausländische Personen als Zielgruppe zu definieren; gerade ihr Engagement in der Gesellschaft ist sehr viel wert. Mit dem Eruierten von Bedürfnissen werden wir uns in Zukunft noch beschäftigen müssen. Die Weisung ist ein Schritt in die richtige Richtung.

**Christoph Spiess (SD):** Bei einer vernünftigen Migrationsquote stellt Integration kein Problem dar, sondern einen normalen Vorgang zum Wohle aller. Was aber nicht gelingen kann, ist die Integration einer Mehrheit in eine Minderheit. Die Diskussion, die wir hier führen, zeigt, dass das Zahlenverhältnis zwischen zugewanderter und angestammter Bevölkerung nicht mehr natürlich ist. Unsere Probleme im Zusammenhang mit der Integration von Ausländerinnen und Ausländern können wir nicht mit Geld und mit Deutschkursen lösen. Vielen ausländischen Personen fehlt es nämlich am Willen zur Integration; sie richten sich lieber in einer Parallelgesellschaft ein. In solchen Diasporas herrschen eigene, oft unterdrückende Regeln. Davor sollten wir nicht länger die Augen

4 / 7

*verschliessen. Daneben gibt es natürlich auch viele andere, integrationswillige Leute, die sich erfolgreich um Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft bemühen. Wir sollten aber bestrebt sein, das erwähnte Zahlenverhältnis wieder in Ordnung zu bringen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Das soeben gehörte Votum könnte auch sehr gut als Begründung für die Zustimmung zur Weisung herangezogen werden. Der Stadtrat hat seinen Auftrag ernst genommen und ist die Aufgabe differenziert angegangen. Zur effektiven und gezielten Förderung der Integration war eine Bedarfsanalyse nötig. Integration ist einerseits eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft und andererseits auch wesentlich eine Aufgabe der einzelnen Person. Demnach braucht es Motivation und Information. Das Konzept des Stadtrats berücksichtigt diese Voraussetzungen. Auf kommunaler Ebene bezieht sich Integrationspolitik auf tatsächlich anwesende Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind. Die Regulierung der Zuwanderung hingegen ist Sache der übergeordneten Instanzen. Unsere Aufgabe ist es, uns mit den Realitäten möglichst gut auseinanderzusetzen und, wo nötig, Unterstützung zu bieten. In diesem Sinne ist die Weisung eine sachliche Antwort auf eine gegebene Fragestellung, die die Zukunft unserer Stadt wesentlich betrifft. Selbstverantwortung mag zwar ein sehr wichtiger Aspekt sein, doch dürfen wir nicht einfach einem Wunschenken verfallen und ausser Acht lassen, dass es sehr unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationsgraden gibt. Der Stadtrat lehnt die in der Motion geforderte Kostenlosigkeit der Kurse ab. Die finanzielle Hürde darf für die Kursteilnehmer aber nicht zu hoch sein, deshalb schaffen wir einen Anreiz in Form von Gutscheinen für Folgekurse. Wir schlagen eine Pilotphase vor, um Aufschluss über die Nutzung der Angebote und nötige Optimierungen zu erhalten. Das Konzept der Erstinformation ist ein Teil der städtischen Integrationsziele 2012–2014 und ein wichtiges Puzzleteil in der gesamten Integrationspolitik. Wir müssen uns mit den Realitäten auseinandersetzen: Zürich ist eine internationale Stadt, und Globalisierung findet statt. Es ist unsere Aufgabe, in ein gutes Zusammenleben zu investieren.*

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zur Dispositivziffer 1:

1. Von der vom Stadtrat vorgesehenen Informationsarbeit zugunsten der ausländischen Bevölkerung sowie dem beabsichtigten Pilotprojekt «Ergänzende Informationsprodukte» wird ablehnend Kenntnis genommen.

5 / 7

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)  
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 39 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)  
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Kommissionsminderheit:

**Ruth Anhorn (SVP):** *Den Kursteilnehmenden sollen die Kosten bei regelmässigem Kursbesuch in Form von Deutschkurs-Gutscheinen zurückerstattet werden. Ob von den Gutscheinen auch tatsächlich Gebrauch gemacht werden wird, wird sich erst noch zeigen müssen. Die Stadt Zürich leistet bereits einen sehr hohen Beitrag für die Integrationsförderung. So werden verschiedene Vereine und Organisationen unterstützt, und der Ausländerbeirat steht Ausländerinnen zur Verfügung.*

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2.

6 / 7

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)  
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)  
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Dispositivziffer 3

Kommissionsreferentin:

***Marianne Dubs Früh (SP):*** *Wir sind mit der Abschreibung der Motion einverstanden.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

7 / 7

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Von der vom Stadtrat vorgesehenen Informationsarbeit zugunsten der ausländischen Bevölkerung sowie dem beabsichtigten Pilotprojekt «Ergänzende Informationsprodukte» wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Budgetkredit von Stadtentwicklung Zürich wird für das Jahr 2012 auf folgenden Konten erhöht:

Konto/Bezeichnung	Budget 2012 (bisher) Fr.	Erhöhung Fr.	Budget 2012 (neu) Fr.
(1505) 3010 0000 Löhne Personal	3 156 100	58 000	3 214 100
(1505) 3030 0000 Sozialversicherungsbeiträge	241 600	5 000	246 600
(1505) 3040 0000 Personalversicherungsbeiträge	360 900	7 000	367 900
(1505) 3101 0000 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten	93 800	10 000	103 800
(1505) 3160 0000 Miete und Pacht von Liegenschaften	25 000	7 000	32 000
(1505) 3161 0000 Mieten und Benutzungskosten	21 400	3 000	24 400
(1505) 3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter	1 490 000	10 000	1 500 000
<b>Total Budgeterhöhung</b>		<b>100 000</b>	

3. Die Motion, GR Nr. 2007/138, von der SP-Fraktion, der CVP-Fraktion und der EVP-Fraktion vom 21. März 2007 betreffend «Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Bevölkerung» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. September 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat